Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/2522
29. 01. 79

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Pfeifer, Frau Dr. Wilms, Schedl, Rühe, Frau Benedix, Dr. Hornhues, Daweke, Dr. Jenninger und der Fraktion der CDU/CSU

Entwicklung des Lehrstellenbedarfs

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Stimmt die Bundesregierung mit der Feststellung des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft, Martin Grüner, MdB, überein, die dieser am 3. Dezember 1978 vor der Handwerkskammer Karlsruhe geäußert hat: „Die Zahl der Haupt- und Realschulabsolventen wird im nächsten Jahr ihren Höhepunkt erreichen. Das heißt, daß ab 1980 die Zahl der Jugendlichen, aus denen sich hauptsächlich der handwerkliche Nachwuchs rekrutiert, zurückgehen wird. Lediglich dann, wenn wesentlich mehr Abiturienten als bisher Lehrstellen nachfragen würden, könnte diese Nachfrage noch über 1980 hinaus ansteigen. Doch selbst dann, wenn diese Nachfrage der Hochschulberechtigten nach Lehrstellen von heute 11 v. H. auf 30 v. H. ansteigen sollte, würde sich der zusätzliche Lehrstellenbedarf 1983 nur auf 65 000 Stellen mehr als 1978 belaufen. Da allein im Jahre 1977 80 000 zusätzliche Lehrstellen geschaffen wurden, müßte bis 1983 diese Aufgabe in jedem Falle zu bewältigen sein. Die vor uns liegenden Probleme sind also nicht unlösbar."?

2. Besteht demzufolge für die Bundesregierung überhaupt begründete Veranlassung, über eine eventuelle Erhebung der Berufsausbildungsabgabe nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz immer wieder Mutmaßungen in der Öffentlichkeit zu verbreiten, wie es der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in letzter Zeit mehrfach getan hat und damit die ausbildenden Betriebe ständig zu verunsichern?

3. Stimmt die Bundesregierung der Konsequenz zu, die aus der in Frage 1 dargelegten Entwicklung folgt, daß von einer weiteren forcierten Förderung außerbetrieblichen Ausbildungsstätten demzufolge abzusehen ist?

Bonn, den 29. Januar 1979

Unterschriften und Begründung umseitig

Pfeifer
Frau Dr. Wilms
Schedl
Rühe
Frau Benedix
Dr. Hornhues
Daweke
Dr. Jenninger
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die erfolgreichen Bemühungen der Wirtschaft in den letzten Jahren, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen – wie u. a. durch die Ausführungen des Parlamentarischen Staatssekretärs Grüner bestätigt –, zeigen, daß die Erhebungen einer Berufsausbildungsabgabe eine überflüssige, dirigistische Maßnahme darstellt, die lediglich zur Verunsicherung der ausbildenden Betriebe geführt hat. Deshalb fordert die CDU/CSU weiterhin die Bundesregierung auf, die Berufsausbildungsabgabe nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz nicht zu erheben.